

Psychologen fordern inklusive Schule **Regelschulsystem bundesweit für behinderte Kinder öffnen**

19.05.2009

(redaktion/pm) Der Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) hat gefordert, die strukturellen und institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass künftig Regelschulen für die Beschulung aller Kinder verantwortlich sein müssen. Unakzeptabel sei allerdings, wenn - aus Kostengründen - bestehende Klassen einfach um ein paar Kinder mit Handicaps vergrößert würden.

"Keine Ausgrenzung behinderter Kinder in Deutschland!" Diese Forderung hat jetzt die Delegiertenkonferenz des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) unterstützt damit eine zügige Umsetzung der UNO-Konvention für die Rechte behinderter Menschen insbesondere in den Schulen. Der Verband wendet sich damit sowohl an Bund und Länder als auch an Eltern, die mit der Inklusion die Furcht vor einem sinkenden Bildungsniveau verbinden.

Der BDP sieht in der Inklusion behinderter Schülerinnen und Schüler eine große Chance, die Fähigkeit zum Umgang mit Unterschiedlichkeit bereits in der Schule - besser schon in den Kindertagesstätten - zu entwickeln. "Aus psychologischer Sicht ist die Inklusion eine unabdingbare Voraussetzung für die Ansätze der individuellen Förderung in Schulen und einen respektvollen Umgang in unserer Gesellschaft", so Michael Ziegelmayr, Vorstandsvorsitzender der Delegiertenkonferenz. Eine deutliche Verstärkung der Bemühungen zur Beschulung behinderter Schüler in den Regelschulen ist dringend erforderlich. Dazu müssen aber die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

In anderen Ländern Europas gelingt das bereits seit Jahren. 80 Prozent der Kinder mit Behinderungen lernen im EU-Durchschnitt an Regelschulen. In Deutschland dagegen besuchen nur 16 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule. "So sehr sich Lehrer an Förderschulen um ihre Schüler bemühen, so wenig können sie verhindern, dass durch dieses Konzept Benachteiligungen eher verfestigt als behoben werden", betont Ziegelmayr. Die zum Teil zu beobachtende Reduzierung der Diskussion über Inklusion auf die Kostenfrage wird vom BDP entschieden abgelehnt. "Erstens können wir nicht zulassen, dass die Achtung oder Nichtachtung von Menschenrechten je nach Haushaltslage beurteilt wird und zweitens ist die Behauptung, dass Inklusion langfristig zu hohen Mehrkosten führe, falsch", sagte Ziegelmayr unter Hinweis auf vorliegende Studien.

Zur Veröffentlichung freigegeben - bildungsklick.de

Zurück zum [Artikel](#)